Ltd. KVD Schwan erläuterte die Aufgaben, die aktuelle Entwicklung sowie die Zukunftsperspektive des Bauaufsichtsamtes.

VA Gertmann berichtete im Anschluss schwerpunktmäßig über die Online-Verfahren im Bauaufsichtsamt.

Die Präsentationen sind der Niederschrift als **Anlage 1** beigefügt.

Abg. Steiner erkundigte sich, mit welchen Synergieeffekten und personellen Auswirkungen zu rechnen sei, wenn Kommunen, deren Bauaufsichtsaufgaben bisher noch vom Kreis wahrgenommen werden, ein eigenes Bauaufsichtsamt einrichten würden.

Ltd. KVD Schwan antwortete, die Synergieeffekte, die einerseits bei der Zusammenarbeit in der Gemeinde selber gewonnen werden, gehen andererseits dadurch wieder verloren, dass die zu beteiligenden Fachämter nicht bei der Gemeinde im Hause sitzen. Aufgrund der Erfahrungen in den Kommunen Meckenheim und Rheinbach könne davon ausgegangen werden, dass ein Bauamt für 25.000 Einwohner dann funktioniere, wenn 5 Personen für die Bauaufsicht eingesetzt werden. Zu bedenken sei, dass der Betrieb auch dann aufrecht erhalten werden müsse, wenn weniger Eingänge und damit auch weniger Gebühreneinnahmen zu verzeichnen seien. Nach den Untersuchungen des Gemeindeprüfungsamtes sei für die Einrichtung eines eigenen Bauaufsichtsamtes mit einem jährlichen Zuschussbedarf von mindestens 100.000 € zu rechnen.

Abg. Schulz äußerte, im Rahmen von Baugenehmigungsverfahren habe das Bauaufsichtsamt insbesondere auch mit Brandschutz und Arbeitsschutz zu tun. Er wollte wissen, ob dies auch für das Kreishaus der Fall sei?

Ltd. KVD Schwan erklärte, hierfür liege die örtliche Zuständigkeit beim Bauaufsichtsamt der Stadt Siegburg. Der Kreis werde als Obere Bauaufsicht nur im Rahmen von Fachaufsichtsbeschwerden beteiligt.

Abg. Krauß fragte nach, wie viele Bürger nach Abschaffung des Widerspruchsverfahrens die direkte Klagemöglichkeit vor Gericht nutzen würden?

Ltd. KVD Schwan führte aus, die Anzahl der Klagen habe nicht so zugenommen, wie zunächst befürchtet worden sei (Zunahme ca. 10-20%). Der Grund hierfür liege darin, dass das Bauaufsichtsamt gehalten sei, vor Ablehnung einer Baugenehmigung eine Anhörung durchzuführen, d.h. die Gründe für die Ablehnung und ggf. mögliche Alternativen werden mit dem Bürger vor Bescheiderteilung nochmals eingehend diskutiert. Dieses Verfahren habe sich aus seiner Sicht bewährt.